

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckerei: Dresdner Zeitung
Fernsprecher-Sammelnummer 25 241
Karte für Nachgelehrte: 20011.

Bezugs-Gebühr im Dresden bei möglichst zweimaliger Zustellung monatlich M. 3,-, oder durch die Post bei möglichst zweimaliger Verband monatlich M. 3,-.
Die Uppolizei 12 mm breite Zeile M. 7,-, außerhalb Sachsen M. 8,-. Familienanzeigen, Anzeigen unter Stellen- und Wohnungssuchert, Uppolige An- und Verkaufsanzeige die Zeile M. 5,-, Vorlesungsplätze laut Tarif. Zusätzliche Aufträge gegen Vorauszahlung. Einzelnummer M. 2,-, Sonntagsausgabe M. 2,50.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:
Marienstraße 36/40.
Druck u. Verlag von Steglich & Reichert in Dresden.
Postleitzahl-Konio 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe ("Dresdner Nachrichten") gestattet. - Unserlangte Schriftsätze werden nicht aufbewahrt.

Muster-Ausstellung
für sanitäre Einrichtungs-Gegenstände
F. Hermann Beeg, Dresden-A., Falkenstraße 26
Fernsprecher: 19351 und 20461

Konditorei Limberg
Prager Straße 10
Eis — Eisgetränke

Bücher-Bibliotheken
Kupferstiche, Handzeichnungen, auch große Objekte, kaufen
Buchhandlung v. Zahn & Jaensch
Weisenhausstraße 10, neben dem Central-Theater

Der Verlauf der Demonstrationen im Reiche.

Die Kundgebungen in Berlin.

Druckmeldung unserer Berliner Schriftleiter
Berlin, 4. Juli. Durch die heutige von den sozialistischen Parteien und Gewerkschaften veranlaßte Kundgebung zum Schutz der Republik ist alles, was man in den letzten Jahren an Angebot von Massen bei politischen Demonstrationen in Berlin sah, in den Schatten gestellt worden. Trotz der drückenden Hitze hatte sich

über ½ Million Menschen

aus allen Stadtteilen und den Vororten nach der im Westen Berlins gelegenen Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche in Bewegung gesetzt. In großen und kleinen Trupps rückten die Demonstranten an und bald nach 2 Uhr waren die auf die Kirche strahlenförmig zulaufenden Straßenzüge, soweit das Auge nur bliden konnte, mit Menschen vollgestopft, über denen zahllose rote und schwarze-rot-goldene Fahnen wehten. Auch Plakate mit Inschriften, die auf die Kundgebung und ihre Veranlassung Bezug nahmen, hoben sich aus der in der Sonnenhitze stehenden und durch neuen Zugang sich immer wieder vergroßernden Menge ab. Große Scharen Neugieriger hatten sich auf den Bürgersteigen und wo nur irgend ein Platz vor, gehaukt. Die Veranstalter der Demonstration hatten zur Gewährleistung einer glatten Abwicklung der Kundgebung einen

harten Ordnungsdienst

aufgeboten, der mit der Schupo Hand in Hand arbeitete. Um 3 Uhr nachmittags begann die Kundgebung mit dem Vortrag einiger Märkte durch eine vom Deutschen Musterverband geschaffte Kapelle, die vor dem Portal des Gotteshauses Aufstellung genommen hatte. Darauf spielte die Musik die Internationale, die von den Massen entblößten Hauptes mitgesungen wurde. Nachdem die letzten Töne verklungen waren, schwankten die Jüge in breiter Front in den Kurfürstendamm ein. Durch ein dichtes Spalier neugieriger Passanten lehnten sich die Massen, die sowohl auf beiden Fahrädämmen, wie auf dem seitwärts marodierten, in der Richtung nach der Villenkolonie Grunewald in Bewegung. Auf dem ganzen Marsch wurden unaufhörlich Hohner auf die Republik, auf die Internationale und die proletarische Weltrevolution ausgebracht, ebenso formwährend Riederrufe auf Hindenburg, Ludendorff und die Hohenzollern, auf die Schieber vom Kurfürstendamm. Gelegentlich kam es zu

kleineren Anrempelen.

Gleich zu Beginn des Marsches tönte aus der Demonstration der Ruf: "Out ab!" und in vielen Hallen wurden Herren, die diesem Ruf nicht schnell genug Folge leisteten, die Hüte vom Kopf geschlagen. Die Vorgänge wiederholten sich während des ganzen Marsches. Namentlich junge Burschen und Mädchen machten sich der Vergnügen daraus, den ahnungslosen Passanten, die Kopfbedeckung herunterzuholen. Nach 4 Uhr erreichte die Spiege des riesigen Auges den Bahnhof Halensee, wo sich die Demonstration programmatisch austören sollte. Ein großer Teil der Massen blieb jedoch auf dem Platz vor dem Bahnhof stehen und wartete das Herannahen der letzten Gruppen des Auges ab. Als gegen 5 Uhr die letzten Demonstranten durch den Kandelaber vor dem Bahnhofsgebäude und vollzog unter dem tosenden Beifall der Menge

die Hinrichtung Ludendorffs,

der in Gestalt einer lebendroten Puppe in Generalsuniform mit Schärpe und Monofel im Auge an der Laterne aufgehängt wurde. Dann verließen sich die Massen nach und nach. Reden und Ansprachen sind genau den gegebenen Anweisungen nicht gehalten worden. Die Kommunisten beschränkten sich auf die Verteilung von Flugblättern, in denen sie behaupten, daß die Regierung und der Reichstag nichts getan und vollständig veragt hätten und daß alles nunmehr von den Kampfeswillen und der Kampfkraft der Arbeiter abhänge. Sie verlangten in den Flugblättern weiter die sofortige Verhaftung von Helferth, Ludendorff, Hindenburg, Eichmann, Lahrs, der Hohenzollernprinzessin, sowie der Mitglieder der Organisation C der Arbeitsgemeinschaft Nossbach, des Deutschen Offiziersbundes und des Deutschnationalen Jugendbundes. In ernsten Fällen ist es aber, soweit bis jetzt bekannt geworden ist, während der Demonstration nicht gekommen.

Ruhiger Verlauf der Münchner Demonstrationen.

München, 4. Juli. Die heute von den drei sozialistischen Parteien auf der Theresienwiese veranstaltete Massenkundgebung hatte eine sehr starke Beteiligung. Alle die verschiedenen Parteien hielten fünf Redner Ansprachen, in denen auf die Gefahr hingewiesen wurde, die der Arbeiterschaft Bayerns durch die Sondersitzung der bairischen Regierung gegenüber der Sozialregierung drohten. Die Massen wurden zur Kampfbereitschaft zum Schutz der Republik gegen alle reaktionären Bestrebungen aufgefordert. Mit Hochrufen auf die Republik traten die Massen, die viele schwarze-rot-goldene und rote Fahnen und vereinzelt Sowjetsterne mit sich führten, den Heimmarx an. Versuche, die Bananenmeile des Landtages zu überschreiten, wurde durch grüne Polizei verhindert. Zwischenfälle sind bis jetzt nicht gemeldet worden. (W. T. B.)

Mißlungene Beschädigungsversuche an Denkmälern in Köln.

Köln, 4. Juli. Nach Beendigung der heutigen Kundgebung am Niederrhein-Tor, die in volliger Ruhe verlaufen war, zogen die versammelten Demonstranten vor das Rathaus und suchten hier einzudringen, zogen aber schließlich

wieder ab. Andere Teile versuchten, die auf der Hohenzollernbrücke stehenden Denkmäler zu beschädigen. Der fortwährend Polizeimannschaft gelang es aber, die Menge zu zerstreuen, wobei es nur zu leichten Nebeneffekten kam. Eins der Denkmäler auf der Hohenzollernbrücke war bereits von den Demonstranten angegriffen.

Ausschreitungen in Zittau.

Zittau, 4. Juli. Zu schweren Ausschreitungen kam es hier gelegentlich der Demonstration am gestrigen Dienstag. Nach einer Versammlung auf dem Marktplatz zogen die Demonstranten geschlossen nach der Schützenwiese, wo gerade das Schützenfest stattfindet. Die Demonstranten gingen gegen die Schützen vor und nahmen ihnen sämtliche Gewehre weg, wobei es zu Zusammenstößen kam. Die Gewehre wurden zerstört. Bei einem Zug durch die Stadt entfernten die Demonstranten sämtliche Hoheitszeichen, insbesondere hatten sie es auf schwarze-weiße Fahnenstangen, sowie auf Firmenschilder aus der vorrepublikanischen Zeit abgesehen. Letztere wurden zerschlagen bzw. überstrichen. Zuletzt zogen die Demonstranten vor das Amtsgericht und suchten die Gefangenen zu befreien. Hier trat ihnen Sipo entgegen, die Demonstranten zerstreute. Sonst sind die Demonstrationen in der Parole, soweit bisher bekannt wurde, überhaupt nicht geblieben.

Zittau, 4. Juli. Vom Marktplatz begab sich ein Trupp Demonstranten vor das Gebäude der "Zittauer Morgenzeitung". Eine Deputation drang in die Redaktionsräume des genannten Blattes ein, wo sie vom Chefredakteur Steinhardt den Widerruf eines Artikels verlangte, der die Verhandlung eines Direktors der Orlitzer Werke durch die Arbeit betraf. Als dieses Verlangen abgelehnt wurde, entfernten sich die Demonstranten unter Drohungen und hegten sich abschließend zum Amtsgericht, um, wie erwähnt, die Gefangenen zu befreien.

Bereitete Angriffe von Demonstranten auf Magdeburger Sparkassengebäude.

Magdeburg, 4. Juli. Bei der heutigen Kundgebung zum Schutz der Republik kam es zu Ausschreitungen. Eine Gruppe der Demonstranten versuchte einen Angriff gegen die Sparkassengebäude, den die Polizei mit blanker Waffe zurückdrängte. Der Polizeipräsident, der an versammelten Demonstranten teilnahm, wurde selbst tödlich angegriffen. Eine Gruppe von Kommunisten versuchte, das Kaiser-Wilhelm-Denkmal zu stürzen. Die Polizei verhinderte den Anschlag mit blanker Waffe. In den Abendstunden wurde der Straßenbahnoberwehr durch Demonstranten unterbunden. Eine große Anzahl von Verhaftungen wurde vor-

genommen. (W. T. B.)

Magdeburg, 4. Juli. In Sommerischenburg bei Bölpke drangen Bewaffnete in einen freiliegenden Gutshof ein. Es kam zu Schiebereien, in deren Verlauf ein Schupo-beamter, der dort zum Feldschuh kommandiert ist, durch einen Schuß verwundet wurde. Polizeiliche Verstärkungen ließen in den späteren Abendstunden aus Magdeburg nach Sommerischenburg abgangen. Aus verschiedenen anderen Orten sind Helfer zu der hiesigen Polizei eingegangen. (W. T. B.)

Eingreifen der Polizei in Frankfurt am Main.

Frankfurt a. M., 4. Juli. Hier sind die heutigen zum Schutz der Republik veranstalteten Umzüge ohne besondere Zwischenfälle verlaufen. Dagegen drangen gegen Ende vom Kommissionen verschiedentlich in Betrieben ein und erzwangen durch Gewalttätsigkeiten deren Schließung. In der Kaiserstraße wurde eine Anzahl Fensterscheiben zerstört und Schilder entfernt, so daß schließlich ein großes Aufgebot von Polizei die Räumung und Absicherung der Straßen vornehmen muhte. (W. T. B.)

Die Unternehmerverbände gegen die Störungen des Wirtschaftslebens.

Berlin, 4. Juli. Die dem Zentralausschuß der Unternehmerverbände angehörenden Zentralorganisationen der deutschen Berufsstände haben an das Reichsministerium und den Reichstag folgendes dringende Telegramm gerichtet:

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und der Allgemeine Freie Angestelltenbund haben in Verbindung mit den sozialdemokratischen Parteien die Produktion, den Handel und den Verkehr der Hauptstadt und des Reiches stillgelegt, um politische Forderungen durchzusetzen. Die unterzeichneten stehenden Stände des Deutschen Reiches lehnen eine solche Verquidung wirtschaftlicher Kampfmittel mit politischen Forderungen mit Nachdruck ab. Eine solche Gewaltpolitik ist nur dazu angezeigt, unter Wirtschaftsleben erneute Erschütterungen auszuüben und das Vertrauen des Landes und Auslandes auf die schaffenden Kräfte Deutschlands zu vernichten. Wir protestieren deshalb gegen diese folgen Schwere Störung des Wirtschaftslebens und erwarten von Regierung und Volksvertretung, daß sie solchen eigenmächtigen, das Land schädigenden Handlungen mit allen zu Gebote stehenden Mitteln entgegentreten.

Der Zentralausschuß der Unternehmerverbände.

Berlin, 4. Juli. Reichspräsident Ebert hat mit dem Reichsfinanzrat Dr. Birck die politische Lage ein eingehend besprochen. Es ergab sich dabei volle Übereinstimmung in der Beurteilung. Namentlich ist man einig darin, daß das Gesetz zum Schutz der Republik eine dringende Staatsnotwendigkeit und dessen beispielnahe Erledigung durch den Reichstag unbedingt geboten sei.

Belohnung zwischen Ebert und Wirth.

Die Lehren des Dollarkurses.

Der Dollarkurs ist ein vorzügliches Barometer für die Lustdruckverteilung in der Politik, der inneren nicht weniger als der äußeren. Und wenn der Dollar heute nach unerhört heftem Anstieg mit 442 auf Sturm steht, so müßte das eine Warnung für alle die Parteien sein, die glauben, der Republik nützen zu können, wenn sie die lodernen Flammen der Parteidienstheit schüren, statt sie zu dämpfen, wenn sie die Arbeiterschaft von der Arbeit fort auf die Straße rufen, um gegen die zu demonstrieren, die es überhaupt nicht gibt. Denn wenn der Dresdner Aufruf der drei sozialistischen Parteien, des Allgemeinen Gewerkschafts- und des Allgemeinen freien Angestelltenbundes die Massen gegen diejenigen auszurufen, die verhindern wollen, daß die feigen Mörder und ihre Helfershelfer abgeurteilt werden, so ist das nach der einmütligen Ablehnung der Mordtat und der ausdrücklichen Forderung aller Parteien nach strenger Bestrafung der Täter und ihrer Helfer eine Irreführung. Glaubt man wirklich, daß man der Republik hilft, wenn man den politischen Demonstrationsstreit zu einer allzuwendlich wiederkehrenden Einrichtung macht, daß der Republik Demonstrationsstreits nützen, die treffend von dem Führer der christlichen Gewerkschaften, Stegerwald, dahin gefordert werden, daß sie ein sinnloser Missbrauch gewerkschaftlicher Machtmittel sind, der das Volk schädigt und die Not verschärft? Gewiß ist der katastrophale Anstieg des Dollars nicht lediglich auf die Ausübung der Arbeit an einem halben Tage zurückzuführen, aber sie ist ein kleiner, und die ist durch diese Streiks dokumentierende innere Zerrissenheit und politische wie wirtschaftliche Unsicherheit ist der härtere Motor, der den Dollar auf seiner steilen Bahn aufwärts treibt.

Niemals kam durch Streiks, noch dazu, wenn sie ein ausgesprochener Ausdruck des Willens sind, Forderungen, die noch über die Regierungspläne zum Schutze der Republik hinausgehen, mit parlamentarischen und außerparlamentarischen Mitteln auf jeden Fall durchzudrücken, die erste Voraussetzung für eine gesunde Gestaltung der Wirtschaft gewährleistet werden, die lediglich auf dem Vertrauen in eine ruhige und geordnete Weiterentwicklung der deutschen Wirtschaft beruhen kann. Wer da nicht glaubt, wie sein das politische Barometer der Wirtschaft auf jede leise Regung auch in der inneren Politik, reagiert, der kommt am Montag durch die Entwicklung auf dem Devisenmarkt eines besseren belehrt werden. Der Kurs steigt mit wenig über 400 für den Dollar ein, steigt dann in gerade Linie bis 430 und darüber, als plötzlich auf der Berliner Börse die Nachricht bekannt wurde, daß die Unabhängigen zum Eintritt in die Regierung bereit sind. In wenigen Minuten fand der Kurs des Dollar im Gegensatz zu den bereits vorher notierten Kurien z. B. des Gulden und der Tschechoslowakei, deren Notierung noch einem Dollarkurs von 430 entsprach, bis zum Augenblick der amtlichen Notierung auf 420 und dann weiter sogar bis 444. Nun ist gewiß der Eintritt der Unabhängigen in die Regierung für die Wirtschaft kein sonderlich beruhigendes Moment, aber wenn ihr Bekanntwerden das verhindert, was Devisenkäufe der Reichsbank, um den Kurs zu drücken, nicht konnten, so liegt das einzig daran, daß man glaubte, dadurch der Gefahr zu entgehen, daß infolge der scharfen Forderungen der Sozialisten die Zweidrittelmehrheit für das Gesetz zum Schutze der Republik nicht erreicht und zur Auflösung des Reichstages geschritten werden würde. Die Aussicht, Neuwahlen mit all ihren vollzerstreuenden Folgen, mit den unabsehbaren verlängerten inneren Parteidienst zu vermeiden, wirkte hemmend auf den Dollarkurs. Wenn der Dollar aber abends bereits wieder auf seinem Stand von 430 angelangt war und am Dienstag sein Ansteigen fortsetzen konnte, so ist das lediglich eine Folge davon, daß der Demonstrationsstreit am Dienstag nicht vermieden wurde, sondern daß er lediglich als ein Glied in der Reihe derjenigen Maßnahmen — 24 Stunden später sogar unbefristeter Generalstreik (!) — zu betrachten ist, mit denen die über den Gesetzentwurf zum Schutze der Republik weit hinausgehenden Forderungen der Sozialisten erzwungen werden sollen.

Eine Verbilligung im Innern, wie immer betont werden muß, die erste Voraussetzung für eine Hemmung der katastrophalen Dollarkäufe, kann nicht eintreten, solange Streiks, innere Zerrissenheit und Ausschreitungen das wirtschaftliche und politische Leben Deutschlands zerrüttet, zumal die Lähmung der gesamten bürgerlichen Berliner Presse — es wird von den Streikenden nur ein gewerkschaftliches Nachrichtenblatt herausgegeben — mit ihrem großen Einfluß auf die Politik jede Mahnung zur Besonnenheit und jedes Widerlegen von Tendenzmeldungen im wirtschaftlichen Mittelpunkt unmöglich macht. Wenn aber ein Will zur Einigung des gesamten ordnungsliebenden deutschen Volkes vorhanden wäre, so wäre es niemals leichter zu verwirklichen gewesen, als nach der Errichtung Rathaus, als sämtliche Parteien einig waren im Abschluß und in der Beurteilung der zuklönen Tat, als einheitlich die Forderung nach der Unterdrückung der Mörderbanden erhoben wurde. Die Parteien hätten es leicht gehabt, eine Einheitsfront zum "Schutze der Verfassung" verzuhalten und die allerhärtesten Maßnahmen gegen die zu treffen, die für durch Mord oder Kampfveranlagungen außerhalb der Verfassung